BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
fraktion@gruene-kassel.de
www.GRUENE-Fraktion-Kassel.de

**Vorlage Nr. 101.18.1672**

5. Mai 2020


**Demokratiepreis**

**Anfrage**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Wir fragen den Magistrat:

1. Mit welcher Berechtigung weicht die Ausschreibung des Preises inhaltlich vom Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.11.2018 ab, welcher ausdrücklich vorsieht, dass auch Engagement von Initiativen, Vereinen, Verbänden oder Einzelpersonen gewürdigt werden soll?
2. Inwieweit ist der Magistrat der Auffassung, dass die Perspektiven von Menschen mit Rassismuserfahrung ausreichend Berücksichtigung finden?

**Begründung:**

Auf der Internetseite der Stadt Kassel ist zu lesen, dass die Stadt Kassel „eine jährlich zu vergebende Auszeichnung für herausragende wissenschaftliche Arbeiten sowie tiefgreifende, analytische Journalistische Arbeiten“ ausschreibt.

Die Ausschreibung ist zurückzuführen auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.11.2018. Darin heißt es: „Mit einem jährlich auszuschreibenden Preis, der mit 3.000 Euro dotiert ist, würdigt die Stadt Kassel hervorragende wissenschaftliche Arbeiten oder beispielhaftes Engagement von Initiativen, Vereinen, Verbänden oder Einzelpersonen, welche Ausgrenzung und politisch motivierte Gewalt thematisieren und sich insbesondere mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Kassel und Nordhessen auseinandersetzen“.

In der Begründung des Antrags heißt es, „das Gedenken ist ein Ausdruck unserer Trauer und unserer Solidarität mit der Familie Yozgat“.

Über die Auszeichnung entscheidet eine fünfköpfige Jury bestehend aus Herrn Hans Eichel, Prof. Barbara John, Herrn Taha Kahya (Mitarbeiter von Barbara John), Dr. Steffen Kailitz und Prof. Dr. Wolfgang Schroeder.

Während nach der ursprünglichen Vorlage „hervorragende Masterarbeiten und Dissertationen“ gewürdigt werden sollten, nahm der Änderungsantrag eine Ausweitung auf bürgerschaftliches Engagement vor, um unter anderem auch die Arbeit von Menschen mit Rassismuserfahrung zu würdigen, die sich oftmals eher zivilgesellschaftlich engagieren. Darüber hinaus sollten aber die vielen Menschen ohne persönliche Rassismuserfahrung, die sich tagtäglich haupt- und ehrenamtlich zivilgesellschaftlich engagieren, nicht übergangen werden.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Awet Tesfaiesus

gez. Boris Mijatovic
Fraktionsvorsitzender